

10 Anträge (schriftlich)

10.1 Aufnahme von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen ins städtische Tarifsysteem (GRⁱⁿ Mina Naghibi, KPÖ)

Bildung gehört zu den Grundaufgaben einer Kommune, Bildungsstätten daher zur Basis dieser Infrastruktur. Somit ist der Bildungsauftrag eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Bildungsressorts des Landes Steiermark und der Stadt Graz haben diese Verantwortung in den letzten Jahren in einem beträchtlichen Anteil in die Hände privater Träger übergeben. Jetzt stehen einige private Träger vor finanziellen Problemen, die die kommunale Ebene nicht alleine bewältigen kann. Der KPÖ wurde von Trägern kommuniziert, dass ihnen Transparenz zwischen der Stadt Graz und den privaten Trägern sehr wichtig ist und bekundeten dabei Sorgen ihrerseits, dass das Bildungsressort nicht mehr hinter der ihnen gegenüber getätigten Zusage, neue Gruppen ins städtische Tarifsysteem zu übernehmen, stehen würde. Dort, so hieß es, wurde argumentiert, dass man nun kein Geld mehr dafür bekäme. Vom Bildungsressort der Stadt Graz hingegen hieß es, auf den oben beschriebenen Sachverhalt angesprochen, dass niemals ein solches Versprechen den privaten Trägern gegenüber ausgesprochen wurde. Vom Land Steiermark seien lediglich Baubewilligungen erteilt worden. In anderen Fällen suchen Bauträger beim Land Steiermark um Bewilligungen an, Siedlungen mit Kindergarten bauen zu können. In jenen Fällen, in denen das Land erklärt, dass es im betreffenden Gebiet eine Unterversorgung an Kinderbildungs- und -betreuungsplätzen gibt, bekommt der Bauträger einen Baukostenzuschuss. Der Bauträger baut und fragt private Träger, ob diese den Kindergarten bzw. die Kinderkrippe führen wollen. Daraufhin muss der private Träger dann mit dem ABI sprechen, ob dieser neue KBBE-Standort in das städtische Tarifsysteem aufgenommen werden wird, woraufhin das ABI dann erst nach eigenen Kriterien entscheidet. Die Tatsache, dass das ABI nicht gleich zu Beginn in den Entscheidungsprozess miteinbezogen wird, führt zu vielen Herausforderungen, mit negativen Folgen.

Dem Bildungsressort steht ein jährliches Budget zur Verfügung, mit dem zehn Gruppen ins städtische System übernommen werden können. In Anbetracht der widersprüchlichen Aussagen der Beteiligten im Vergabeprozess der städtischen Tarifplätze und der in der bisherigen Struktur unzureichenden Möglichkeiten, solche Probleme in Zukunft zu verhindern, braucht es Richtlinien, um die gängigen Abläufe, die allen Beteiligten unnötig Zeit, Geld und Personalressourcen kosten, konstruktiver zu gestalten. Weiters muss ein transparenter Prozess gewährleistet sein, in dem man erfährt, wo und wann etwas geplant wird, welche Gruppen ins städtische Tarifsysteem übernommen werden und wann das jährliche Kontingent seitens der Stadt Graz erschöpft ist. Somit würden alle Beteiligten wissen, woran sie sind und hätten damit Sicherheit in der Planung und Umsetzung. Die Stadt Graz soll einen aktuellen Überblick darüber haben, wo der Bedarf für Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen hoch sein wird und wo elementare Bildungs- und Betreuungseinrichtungen errichtet werden sollen. Um das möglich zu machen, ist eine Bedarfserhebung bezüglich der Bebauungspläne nötig, damit in Erfahrung gebracht werden kann, wo in Zukunft der Bedarf am höchsten sein wird. In Anbetracht dessen, dass immer noch viele berufstätige Eltern von Kleinkindern, ganz besonders, wenn sie einen Kinderkrippenplatz für ihr Kind benötigen, um einen Platz bangen und ihn unter Umständen nicht bekommen, ist die oben beschriebene Problematik erst recht nicht hinzunehmen. Es bedarf daher dringend konstruktiver und transparenter Vorgaben für alle wirtschaftlich Beteiligten und politisch Verantwortlichen, welche Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen wo gebaut und ob bzw. wann diese ins städtische Tarifsysteem übernommen werden können.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Der zuständige Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird aufgefordert, eine Bedarfserhebung im Sinne des Motiventextes durchzuführen und darüber hinaus Vorschläge zu machen, wie die Zusammenarbeit zwischen Land Steiermark, dem Bildungsressort der Stadt Graz und privaten Trägern transparent, bedarfsorientiert, konstruktiv und unter möglichst früher Einbeziehung des ABI gelingen kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.2 Hangabsicherung in der Raach (Schlüsselweg) (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Letztes Jahr kam es in Graz zu schweren Unwettern, so auch im Grazer Stadtteil Raach, wo es zu teils massiven Erdrutschungen kam. Hierbei wurden private Grundstücke, aber auch öffentliches Gut beschädigt und stark verunreinigt. Besonders hervorzuheben ist hier die Eigeninitiative der Anrainer, die sofort mit den Aufräumarbeiten begonnen haben. Es herrscht nach wie vor große Unklarheit über die Beschaffenheit des Hanges, sodass auch präventiv keine Maßnahmen gesetzt werden können. Die Befürchtung der Bewohner ist, dass nach dem letzten Erdrutsch weiteres Material lose ist und bei starken Regenfällen abgehen könnte. Jeder Versuch, mit den angrenzenden Grundstückeigentümern in Kontakt zu treten, scheiterte bisher bzw. wird die Verantwortung abgeschoben. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und wie im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches, erhoben durch ein geologisches Gutachten, der Hang im Anlassfall abgesichert werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.3 Hochwasserproblematik: Soforthilfe Sandsäcke (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Immer wieder treten in Grazer Stadtbezirken Überschwemmungen auf. Insbesondere die Grazer Stadtteile Ries und Raach und die Haushalte rund um die Thalstraße sind von Hochwasser betroffen. Bereits durch mehrere Initiativen hat die FPÖ im Gemeinderat und auf Bezirksebene auf die Gefahren und Problematiken in diesen Bereichen hingewiesen. Schwere Überschwemmungen und Murenabgänge plagen den Göstinger Stadtteil Raach immer wieder bei starken Niederschlägen. Ständig dringt Wasser in die Liegenschaften der Anrainer und die Bewohner bangen bei jedem Unwetter um ihr Eigentum. Während der Regenfälle schwellen auch unterirdische Quellen und Wasserläufe an und sorgen so für eine weitere Zuspitzung der Situation. Auch in Ries kommt es bei Starkregen immer wieder zu großflächigen Überschwemmungen. Hier sind besonders in der Ragnitzstraße die Bewohner von überfluteten Garagen und überschwemmten Straßen betroffen. Als Grund werden zu geringe Kanalkapazitäten bzw. Verklausungen vermutet, die das schnelle Ansteigen des Wasserspiegels bewirken. Auch hier kommt es immer wieder zu Sachschäden. Die Hochwasserproblematiken in Ries, Raach und der Thalstraße sind schon seit langem bekannt, doch bis jetzt ist es noch zu keiner vernünftigen Lösung gekommen. Mit dem Herannahen der wärmeren Monate steigen auch Niederschlagshäufigkeit und Hochwasserwahrscheinlichkeit. Bereits jetzt befinden sich die Menschen in besagten

Bezirken in einem emotionalen Ausnahmezustand, weil sie sich im Stich gelassen fühlen. Es besteht dringender Handlungsbedarf!

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge als Sofortmaßnahme in den betroffenen Bezirken den Bedarf an Sandsäcken für die Absicherung von Akutsituationen erheben und die betreffenden Haushalte kostenlos mit Sandsäcken versorgen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.4 Verkehrslösung Asperngasse, Ecke Laudongasse
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Es gibt für die Anrainer der Siedlungen Starhemberggasse, Pommergasse und Laudongasse in beide Richtungen keinen sicheren Übergang bzw. Zugang zur Haltestelle Asperngasse Linie 1. Es fehlen Fußgängerübergänge und auf Seiten der Heimgärten auch die Gehsteige. Die Anrainer berichten immer wieder von gefährlichen Situationen, die vor allem Kinder und ältere bzw. beeinträchtigte Personen betreffen. Ein Zebrastreifen und ein Gehweg in diesem Bereich würden die Verkehrssicherheit wesentlich erhöhen.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Verkehrssicherheit lt. Motiventext zu erhöhen und bis wann diese umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.5 Ferienbetreuung für Pflichtschul Kinder
(GRⁱⁿ Mag. Astrid Schleicher, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Arbeitende Eltern eines schulpflichtigen Kindes haben es schwer, ihre Kinder in den Ferien zu betreuen, da Volksschulkinder rund 14 Ferienwochen in Anspruch nehmen. Diesen 14 betreuungsfreien Wochen stehen fünf Urlaubswochen eines Elternteiles gegenüber. Da nicht alle Eltern auf familieninterne oder eine andere Betreuung zurückgreifen können, sind sie auf eine Fremdbetreuung angewiesen. Das Angebot der Stadt Graz ist dahingehend leider unzureichend. Es gibt in Graz 39 städtische Volksschulen, wo nur an fünf Schulen (im Bezirk Jakomini, Andritz, Straßgang, Gries und Mariatrost) während der Sommerferien eine Betreuung angeboten wird. Lediglich an zwei Schulen (Bezirk Gries und Andritz) wird eine Betreuung während aller übrigen Ferien (Ostern, Weihnachten, Semester etc.) angeboten. Für die Eltern ist es nicht zumutbar, dass man für einen Betreuungsplatz zum Beispiel vom Stadtrand in die Innenstadt fährt. Auch die Dauer dieser Betreuung mit unflexiblen Beginn- und Endzeiten ist unzureichend, so dass es dem verantwortlichen Elternteil kaum möglich ist, einer Berufstätigkeit auf Vollzeitbasis nachzugehen. Die Anmeldung zur Ferienbetreuung muss schon Monate vor Ferienbeginn verbindlich erfolgen, auch

wenn zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht klar ist, an welchem Standort das Kind betreut werden wird – Flexibilität ist somit nicht gegeben.

Viele Eltern versuchen mit allen Mitteln, eine Betreuung, wie sie derzeit angeboten wird, zu vermeiden, da diese meist mit erheblichem Mehraufwand (Zeit, Kosten etc.) verbunden ist. Somit melden sich auch nicht alle, die eine Betreuung tatsächlich benötigen, für diese an. Eine Erhebung würde zeigen, dass der Bedarf einer Betreuung aber durchaus gegeben ist, würde sie im eigenen Bezirk angeboten werden. Zudem ist eine Ferienbetreuung an einer städtischen Schule nur dann möglich, wenn das Kind ganzjährig in der Nachmittagsbetreuung angemeldet war.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen eine Bedarfserhebung mittels Email-Befragung aller Erziehungsberechtigten durch die einzelnen Schulen veranlassen. Zum Unterschied wie bisher soll abgefragt werden, ob die Eltern eine Ferienbetreuung in Anspruch nehmen würden, wenn die Schule im eigenen Bezirk liegen würde.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.6 Gehsteig Andersengasse
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Haltestelle Theyergasse der Buslinie 34E befindet sich unmittelbar vor dem Kindergarten in der Andersengasse. Im direkten Umfeld befinden sich die großen Wohnblöcke der Kasernstraße, die Parkanlage Grünanger und südlich die NMS Dr. Renner. Die Bushaltestelle ist bereits adaptiert und befestigt. Leider fehlt in diesem Teilbereich jedoch ein Gehsteig, der von der Bushaltestelle in Richtung Norden und Süden führt. Hier kommt es für Kinder und beeinträchtigte Personen immer wieder zu gefährlichen Situationen. Ein aktueller Artikel im „Grazer“ nimmt sich dem Thema Sicherheit kindgerechter Mobilität an und zitiert auch Bürgermeister-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner, die vom Ausbau der Wohnstraßen sowie der sicheren Gestaltung des Schulwegs spricht. Die Ausgestaltung eines sicheren Schul- bzw. Kindergartenweges im betreffenden einwohnerstarken Gebiet könnte als Pilotvorhaben maßgeblich für weitere städtische Maßnahmen sein.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Errichtung eines Gehweges in der Andersengasse von der Parkanlage am Grünanger Richtung Süden bis zur Kreuzung Eduard-Keil-Gasse (NMS Dr. Renner) möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.7 Ticketautomaten als neue Bezugsquelle für Tickets für den öffentlichen Verkehr
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Mobilitätswende ist längst überfällig. Deshalb stellt diese auch einen Schwerpunkt innerhalb der Stadt Graz dar. Unbestritten ist, dass diese einen Kraftakt darstellt, welcher nur gelingen kann, wenn viele kleine Puzzleteile zusammengefügt werden. Ein Puzzleteil stellt sicher der komfortable Erwerb von Tickets zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel dar. Nicht nur Corona hat uns gezeigt, dass der direkte Verkauf durch die Lenker:innen nicht mehr zeitgemäß ist. Gerade in den Randbezirken ist es aber oft schwer, im Vorhinein ein Ticket zu erwerben, und nicht jedes Verkehrsmittel verfügt über Fahrscheinautomaten. Ebenso wenig sind alle Haltestellen mit Ticket-Automaten ausgestattet. Wieso also nicht eine bestehende Infrastruktur nutzen und somit den Mehrwert dieser erhöhen? Die Rede ist hier von Parkscheinautomaten, die mehr sein könnten, als sie derzeit sind. Technisch ist es möglich, die Stadt Innsbruck zeigt es auch organisatorisch vor. Dort sind über 550 Parkschein-Automaten auch bereits als Bezugsquelle für Tickets für den öffentlichen Verkehr aufgerüstet. Diese Automaten stellen ein erweitertes Service dar und erhöhen so die Möglichkeit zum niederschweligen Erwerb. So gesehen wäre es vielleicht auch für Graz eine Überlegung wert, im Zuge der Erneuerung der Parkscheinautomaten diese mit der entsprechenden erweiterten Funktion auszustatten, sodass über sie auch Öffi-Tickets erworben werden können. Menschen die Möglichkeit zu bieten, frühzeitig umzusteigen zu können, steigert die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel: Erleichtern wir den Einstieg und Umstieg mit der Erweiterung der Bezugsstellen für Tickets. Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz mögen beauftragt werden, im Sinne des Motivenberichtes zu prüfen, inwieweit und unter welchen Rahmenbedingungen in Graz ähnlich wie in Innsbruck Parkscheinautomaten zur Verfügung stehen könnten, die auch die Möglichkeit des Erwerbs von Öffi-Tickets bieten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.8 Maßnahmenpaket gegen Raserei und mehr Sicherheit für Fußgänger:innen und Kinder am Pfeifferhofweg in Andritz
(GRⁱⁿ Cornelia Leban-Ibrakovic, MBA, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Pfeifferhofweg im Bezirk Andritz ist in den letzten Jahren zu einer immer beliebteren Wohngegend geworden. Zeugen davon sind die unzähligen Neubauten an Einfamilienhäusern und großen Siedlungsanlagen entlang des Weges. Mit dieser großen Menge an neuem Wohnraum ging und geht selbstverständlich auch eine nicht unerkleckliche Anzahl von Menschen einher, die sich hier niedergelassen haben und weiterhin niederlassen. Dazu gehört vor allem eine beträchtliche Anzahl von Jungfamilien und älteren Menschen. Gerade diese Gruppen sind aber am Pfeifferhofweg besonderen Gefahren ausgesetzt. Der Pfeifferhofweg ist zu großen Teilen steil, unübersichtlich und eng. Es gibt für FußgängerInnen keinen von der Straße abgetrennten Gehweg, was auf Grund der Enge und Unübersichtlichkeit regelmäßig zu besonders gefährlichen Situationen mit dem Auto- und auch Fahrradverkehr führt. Eltern mit Kinderwägen müssen immer wieder in Hecken Zuflucht suchen, weil sie auf der engen Straße einfach keinen Platz bei entgegenkommenden Autos haben. Die Streckenführung scheint zudem einige Autofahrer:innen, aber leider auch Fahrradsportler:innen dazu einzuladen, Bergwertungen zu veranstalten. Die am Pfeifferhofweg grundsätzlich festgelegte Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h wird beinahe zu keiner Zeit eingehalten, was im Zusammenspiel mit erwähnter

Unübersichtlichkeit und Enge zu extrem gefährlichen Situationen für FußgängerInnen, älteren Personen und vor allem Kindern führt.

Um Schlimmeres zu vermeiden und den BewohnerInnen wieder ein Stück Sicherheit in ihrem Wohngebiet zurückzugeben, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner wird in Ihrer Ressortzuständigkeit ersucht, mit den zuständigen Stellen im Magistrat Graz bis September ein Maßnahmenpaket gegen Raserei und für mehr Sicherheit für FußgängerInnen, BewohnerInnen und Kinder am Pfeifferhofweg zu erarbeiten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.9 Lärmreduktion in der Heinrich-Casper-Gasse
(GR DI Georg Topf, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Eine deutliche und spürbare Verdichtung des Verkehrs in der Heinrich-Casper-Gasse Richtung Grabenstraße ist nunmehr eingetreten und damit auch ein spürbarer Anstieg des Lärmpegels. Dies wird zusätzlich bedingt durch die sensible Situation im Kreuzungsbereich Heinrich-Casper-Gasse Grabenstraße, die sich stichwortartig beschrieben wie folgt darstellt:

- Die Grünphasen für die Heinrich-Casper-Gasse dauern 12 Sek., die Grünphasen der Grabenstraße über 60 Sek.
- Zu Stoßzeiten warten im Schnitt 20 Fahrzeuge auf die Einfahrt in die Grabenstraße.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19. Mai 2022

- Durchschnittlich können 4 PKW (oder 3 PKW und 1 Bus) bei der Grünphase
- aus der Heinrich-Casper-Gasse in die Kreuzung einfahren. Wenn ein weiteres Fahrzeug zusätzlich einfährt, dann zeigt die Ampel bereits gelb oder gar rot.
- Busse der Linien 41 und 62 brauchen für eine Strecke von 150 m (Ecke Millöckergasse bis zur Kreuzung) bis zu 6 Min.! z.B. gemessen am 5.5. ca. 07.50 Uhr: 6 Min. bzw. 5 Min. 20 Sek. bzw. 5 Min. 40 Sek. bzw. 5 Min.
- Dadurch steigt auch die Lärmbelastung in einem erheblichen Ausmaß: ständiges Berganfahren (die Heinrich-Casper-Gasse steigt ab Haus Nr. 20 deutlich an). Dieser Lärm ist nicht nur zu Stoßzeiten intensiv wahrnehmbar, sondern auch während des Tages (Starke Lärmentwicklung durch die Busse, insbesondere wenn zwei Busse hintereinander warten).
- Erforderliche Prüfung des Buseinsatzes hinsichtlich des Bedarfs (z.B. 90 % der Busse – meist Gelenksbusse fahren am Samstag im einem 10-Minuten-Intervall oftmals ohne Fahrgäste zur Wirtschaftskammer).
- Radfahrer haben auf der Heinrich-Casper-Gasse keine Chance, entsprechend weiterzukommen und weichen daher auf den Gehsteig aus, was zu heiklen/gefährlichen Situationen führt.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz und der Holding Graz Linien werden ersucht, geeignete Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, damit die beschriebene Lärmsituation wieder deutlich reduziert wird und auch die Gegebenheiten für Radfahrer verbessert werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.10 Errichtung eines Secondhand-Ladens im Ressourcenpark Sturzgasse – „Die Grieskrämerei“
(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Claudia Unger, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Graz ist eine wunderschöne innovative Stadt, die in vielen Belangen Vorreiter für andere Städte Europas war und hoffentlich auch bleibt. Wenn man Graz gut weiterentwickeln will, muss man sich sowohl die großen Trends als auch die lokalen Ausformungen genau ansehen, und da gibt es neben vielen Entwicklungen, die Anlass zur Sorge sind, auch erfreuliche und interessante Veränderungen. Ein positiver Trend ist u.a. ein Wertewandel, der stark von jungen Menschen (mit)getragen wird. Sharing economy und Re-Use sind dabei sinnvolle Ideen, die Anklang finden und bereits von vielen gelebt werden. Auch in Graz gibt es Angebote wie Repair-Cafés oder Secondhand-Börsen, um nur zwei zu nennen. Diesen Trend kann und soll Graz bestmöglich unterstützen und auch selbst aktiv werden. In anderen Städten gibt es dazu bereits großartige Ideen, so dass es nicht schadet, hin und wieder über den Tellerrand zu blicken und sich Inspiration für Projekte und Ideen aus anderen Städten zu holen. Aus Wien beispielsweise. Obwohl die Wiener Magistratsabteilung 48, zuständig für Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, gerade wegen überbordender Ausgaben in der Öffentlichkeitsarbeit streng vom Rechnungshof gerügt wurde, gibt es ein Vorzeigeprojekt der Abteilung, das ohne Zweifel auch für Graz einen großen Mehrwert darstellen könnte und daher für unsere Stadt adaptiert werden sollte. Der Vorschlag ist, nach Vorbild des „48er Tandlers“ in Wien auch in Graz einen Secondhandmarkt zu errichten, der Dinge verkauft, die möglicherweise keinen großen „Wert“ mehr besitzen, aber dennoch noch von jemandem gebraucht werden könnten. Der nun gerade neu errichtete Ressourcenpark Sturzgasse eignet sich ausgezeichnet dafür. Das in diesem Secondhand-Markt angebotene Warensortiment soll sich aus Altwaren, die im Ressourcenpark abgegeben werden, aus nicht abgeholten Fundgegenständen des Fundservices Graz oder ausgemusterten Möbeln und Gegenständen des Hauses Graz speisen. Für alte, aber noch verwendbare Gegenstände soll am Ressourcenpark ein eigener Abgabecontainer bereitgestellt werden. Eine

entsprechende Aufbereitung, sofern sie nötig ist, soll das Interesse der KäuferInnen zusätzlich wecken. Ein Teil der hier abgegeben Waren soll bei Bedarf auch anderen Secondhand-Läden zu Verfügung gestellt werden, die von karikativen Organisationen geführt werden und mit dem Erlös ihre sozialen Arbeiten, wie etwa Beschäftigungsmöglichkeiten für sonst nicht oder schwer vermittelbare Arbeitssuchende, finanzieren. Das vorgeschlagene Projekt soll keine Konkurrenz, sondern Ergänzung zu bereits bestehenden Projekten sein. Deshalb sollen die im Ressourcenpark eingenommenen Erlöse auch zu einem Teil wiederum karitativen Einrichtungen zugutekommen. Diese noch zu benennende Einrichtung – der Name „Die Grieskrämerei“ wäre eine Möglichkeit – würde durch die Wiederverwendung vermeintlichen Abfalls maßgeblich zur Ressourcenschonung beitragen und so einen wertvollen Beitrag zur Abfallvermeidung leisten. Die Räumlichkeiten in diesem nicht alltäglichen Rahmen könnten zudem auch außerhalb der Öffnungszeiten für Veranstaltungen aller Art, wie etwa für Infoveranstaltungen zur Bewusstseinsbildung für Müllvermeidung und für Re-Use-Projekte, genutzt werden. Das Verkaufsangebot selbst wird für sehr viele Menschen attraktiv sein und so diesen Secondhand-Markt zu einem Anziehungspunkt machen, der auch eine Aufwertung der gesamten Gegend bedeutet.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich den

Antrag,

Stadtrat Manfred Eber wird ersucht, die Errichtung dieser im Motivenbericht beschriebenen Einrichtung am Standort Ressourcenpark Sturzgasse oder an einem sonst geeigneten Ort im Sinne des Motivenberichts zu prüfen und die Ergebnisse ehebaldig im Gemeinderat vorzustellen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.11 Die Annenstraße verlottert
(GR Sabine Wagner, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Wie wir spätestens seit dem Einzug von Gemeinderätin Sabine Reininghaus in dieses Gremium wissen, hat die Annenstraße gerade aufgrund intensiver Grüner Planungs- und Verkehrspolitik der Vergangenheit – Umgestaltung und Verkehrsberuhigung – noch immer mit leeren Geschäften und Verschmutzung zu kämpfen. Wie wir leider nun auch schon in der Innenstadt, auf den Auwiesen und anderen Naherholungsgebieten der Stadt erleben müssen, wird nun auch die Annenstraße zu ihren bestehenden Problemen mit zusätzlicher Unbill konfrontiert. Wie uns die verbliebenen Wirtschaftstreibenden, GastronomInnen und AnrainerInnen leidvoll schildern, nimmt nicht nur die Verschmutzung in der Annenstraße zu, sondern werden PassantInnen und Gäste in Lokalen durch bestimmte Personen mit aktivem Anfassen, Einreden, Verfolgen, in den Weg stellen etc. um Geldgaben aufgefordert. Ein Phänomen, das in den letzten Jahren spürbar zurückgegangen war, ist nun also wieder im Vormarsch und laut Betroffenen auch immer öfter in der Innenstadt erlebbar. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Das zuständige Stadtsenatsmitglied, Frau Bgm. Elke Kahr, wird aufgefordert, sich der im Motivenbericht geschilderten Problematik anzunehmen und die Ordnungswache vermehrt im Gebiet der Annenstraße für die in ihrem Namen beinhaltete Ordnung zu sorgen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19. Mai 2022

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 19.20 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeisterin
Elke Kahr

Bürgermeisterin-Stellvertreterin
Mag.^a Judith Schwentner

Stadtrat
Manfred Eber

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Schriftführer und Schriftprüfer:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Der Schriftprüfer:
GR Tristan Ammerer

wörtliches Protokoll erstellt von: Bettina Strametz